

Wahlprüfsteine Feuerwehrverband:

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihr Interesse an den Positionen der FDP Thüringen danken wir sehr herzlich. In der Anlage erlauben wir uns, Ihnen zu Ihrer Information unser Landtagswahlprogramm beizufügen.

Zu Ihren Fragen:

1. Wie sehen Sie die Entwicklung der Thüringer Feuerwehren in den nächsten Jahren?

Sorge bereiten uns die Nachwuchsprobleme vieler Feuerwehren auf Grund der demografischen Entwicklung, die durch die nach wie vor sehr hohe Abwanderung massiv verschärft wird. Deshalb setzen die Liberalen auf die Stärkung der Thüringer Wirtschaft und damit des Thüringer Arbeitsmarkts. Durch die zielstrebige Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe, durch die Fortschreibung der Vergabemittelstandsrichtlinie und durch die zielstrebige Entwicklung vor allem kleiner und mittelständischer Unternehmen wollen wir ebenso wie durch den Ausbau der innovativen Wirtschafts- und Forschungseinrichtungen dafür Sorge tragen, dass sich der Freistaat attraktiven Standort entwickelt, der auf eigenen Beinen stehen kann und in dem die Menschen ihr selbst bestimmtes Auskommen finden. Das trägt dazu bei, den Hauptgrund für Nachwuchsprobleme der Feuerwehren zu entschärfen.

Insgesamt wollen wir auch die Feuerwehren von überzogener Bürokratie entlasten und damit mehr zeitliche Freiräume schaffen für die eigentliche Arbeit der Feuerwehrmitglieder und eine angemessene Verbesserung der Ausbildungsangebote. Das Ehrenamt wollen wir stärken durch einen Beitrag zur Altersversorgung der Feuerwehrmitglieder (Einzelheiten siehe Programm). Die Entwicklung der Berufsfeuerwehren ist weiter durch eine sachgerechte Ausstattung und Fortbildung zu fördern. In Bezug auf die betrieblichen Feuerwehren sind die Erfordernisse je nach Einzelfall sehr unterschiedlich. Das hängt von der Branche ebenso ab wie von den jeweiligen Unternehmen selbst, so dass allgemeine Aussagen im Rahmen von Wahlprüfsteinen sicher nicht erschöpfend sein können.

2. Sind aus Ihrer Sicht Veränderungen bei der Aufgabenstellung der Feuerwehren zu erwarten?

Die FDP beabsichtigt aktuell keine Veränderungen bei der Aufgabenstellung von Feuerwehren. Wir sind aber gern bereit, diesen bei Bedarf mit Ihnen zu diskutieren.

3. Setzen Sie sich für die Zukunft des flächendeckenden Brandschutzes durch die Erhaltung der Orts- bzw. Stadtteilfeuerwehr ein?

Grundsätzlich ja. Dennoch sollte es aus unserer Sicht bei sehr geringfügigen Abweichungen von Anfahrtszeiten in Abstimmung zwischen Feuerwehr und Gemeinde möglich sein, vor Ort flexible, praktikable Regelungen zu treffen, wenn die Ortsfeuerwehr nur unter unverhältnismäßigem Aufwand betrieben werden kann und eine abweichende Regelung nach menschlichem und fachlichem Ermessen vertretbar ist.

4. Wie kann der Freistaat Thüringen die Rahmenbedingungen der ehrenamtlichen Arbeit in den Feuerwehren weiter verbessern?

Wie bereits erwähnt, sehen wir in einem Beitrag zur Altersversorgung der Kameraden einen wichtigen Beitrag zur Anerkennung ihrer ehrenamtlichen Arbeit. Daneben halten wir es für besonders wichtig, durch die Stabilisierung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt ehrenamtlichem Engagement besser den Rücken frei zu halten. Wer hunderte Kilometer pendeln muss, um den Broterwerb seiner Familie zu sichern, hat für Ehrenamt naturgemäß wenig Reserven. Man muss auch fragen, inwiefern Arbeitgeber bei der Freistellung von Kameraden besser entlastet werden können. Ein Bauunternehmer beispielsweise, dessen Mitarbeiter zum Einsatz müssen, hat bislang wenig Gnade zu erwarten, wenn er wegen solcher Dinge vertragliche Termine nicht erfüllen kann. Dort Vorlauf für Änderungen zu schaffen, kann Ehrenamt stützen. Freie oder ermäßigte Eintritte in kommunale Einrichtungen durch eine Ehrenamtskarte und anderes mehr sind auch denkbare Zeichen einer angemessenen öffentlichen Würdigung ehrenamtlicher Arbeit übrigens nicht nur der Feuerwehren. Da sind dem Ideenreichtum vor Ort keine Grenzen gesetzt.

5. Welche Wertigkeit sehen Sie bei der Förderung und Unterstützung der Jugendfeuerwehr in Thüringen?

Die Jugendfeuerwehr besitzt für die Liberalen einen hohen Stellenwert. Sie ist die Grundlage für die Nachwuchsgewinnung.

6. Flächendeckende Einführung des Digitalfunks / Kosten

Grundsätzlich ist sicher auch für Feuerwehren die flächendeckende Einführung des Digitalfunks längst überfällig. Zur zeitlichen Einordnung können wir uns seriöserweise nicht vor Einarbeitung in die Aktenlage äußern. Kostenseitig steht die FDP zum Konnexitätsprinzip. Das heißt, wer Festlegungen trifft, muss auch für die Folgekosten Sorge tragen.

7. Heimrauchmelder / Gesetzeslage

Im Augenblick sind aus Sicht der FDP gesetzliche Vorschriften über den Rahmen der ThürBO § 46 (4) hinaus nicht vorgesehen. Darin heißt es bereits: „In Wohnungen müssen Schlafräume und Kinderzimmer sowie Flure, über die Rettungswege von Aufenthaltsräumen führen, jeweils einen Rauchmelder haben. Die Rauchmelder müssen so eingebaut und betrieben werden, dass Brandrauch frühzeitig erkannt und gemeldet wird.“ Die FDP steht mit Blick auf die ohnehin zu hohe Bürokratie neuen gesetzlichen Regelungen eher kritisch gegenüber, schließt aber bei dringendem Handlungsbedarf entsprechende Gesprächsbereitschaft nicht aus.

8. GEZ Pflicht / Feuerwehren

Deutschlands Finanzierungssystem für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk muss reformiert werden. Die alte, an das "Bereithalten eines Empfangsgerätes" knüpfende Rundfunkgebühr hat in einer Zeit ausgedient, in der Fernsehen und Radio theoretisch über eine Vielzahl von neuen Geräten wie Handys oder Computer empfangen werden können. Dazu kommt, dass die "Gebührenbeauftragten der Rundfunkanstalten" häufig Methoden anwenden, die gegen Anstand und elementare Bürgerrechte verstoßen und die Datensammelwut der GEZ datenschutzrechtlich bedenklich ist.

Die FDP möchte deshalb die heutige Rundfunkgebühr in eine allgemeine und personenbezogene Medienabgabe umwandeln. Eine solche stellt die Finanzierung von ARD, ZDF und Deutschlandfunk effektiv und staatsfern sicher. Alle Personen ab 18 Jahren, die über ein

steuerpflichtiges Einkommen verfügen, würden nach diesem Modell Rundfunkabgabepflichtig. Die Medienabgabe könnte direkt von den Finanzämtern eingezogen werden. Die Gebühreneinzugszentrale könnte dann abgeschafft und das Problem des "Schwarzsehens" behoben werden. Zudem wäre die Medienabgabe mit 9-11 Euro erheblich geringer als die jetzige Gebühr.

Die GEZ-Pflicht für Feuerwehren würde mit dieser Reform abgeschafft.

Gemeinsamer Gesprächstermin: Gern steht Ihnen unser stellvertretender Landesvorsitzender, Dirk Bergner, zur telefonischen Terminabstimmung zur Verfügung. Er ist zugleich Landesvorsitzender der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker. Mit Blick auf die derzeitige Termindichte ist das Gespräch sicher sozusagen auf der Fachebene mit unseren Kommunal- und Innenpolitikern besonders sinnvoll.

Natürlich stehen wir Ihnen gern auch zukünftig weiterhin vertrauensvoll für Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen